



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/101 - 3.5.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 81-33
Fernschreiber 039 890

Immer noch Objekt der Besatzungsmächte	S. 1
Giovanni Gronchi - Italiens neuer Staatspräsident	S. 3
Paketsperre für politische Häftlinge in der Zone	S. 5

Souveränität ?

sp - Mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden zu den Pariser Verträgen am 5. Mai soll der Bundesrepublik formell die Souveränität zuerkannt werden. Die Bundesregierung will diese Tatsache der Öffentlichkeit gegenüber als einen großen Erfolg ihrer Politik hinstellen. Sie hat freilich davon abgesehen, den Tag, so wie sie es ursprünglich wollte, mit großartiger Festlichkeit zu begehen, weil ein solches Vorhaben denn doch auch nach ihrer eigenen Meinung auf allzuviel Unverständnis und Kritik gestoßen wäre.

Es ist deshalb notwendig, die politische Bedeutung des Vorganges auf das richtige Maß zurückzuführen. Schon bei der Beratung der Pariser Verträge in der französischen Nationalversammlung hat der Berichtserstatter festgestellt, die Westmächte hätten in diesen Verträgen ihr Besatzungsrecht der Substanz nach beibehalten und sich lediglich verpflichtet, "es ruhen zu lassen". Die Verleihung des Botschaftertitels an die Männer, die bisher als Hochkommissare den Willen der westlichen Besatzungsmächte in der Bundesrepublik repräsentierten, ändert also am politischen Sachverhalt praktisch nichts.

Dieser politische Sachverhalt stellt sich auch nach dem 5. Mai folgermassen dar:

Zunächst bleibt das Notstandsrecht der westlichen Vertragspartner erhalten, das heißt ihr Recht, jeder Zeit nach eigenem Gutdünken ihre alten Befugnisse wieder weitgehend in Anspruch zu nehmen, vor allem

3.5.1955

in militärischer Hinsicht. Dieses Notstandsrecht soll erst fallen, wenn die Bundesrepublik "wirksame gesetzliche Bestimmungen über den Schutz der Besatzungstruppen" erlassen hat. Die Frage bleibt offen, wer darüber zu entscheiden hat, Bundesrepublik oder die Besatzungsmächte.

Unlösbar mit dem Begriff der Souveränität ist völkerrechtlich der Grundsatz der Gleichberechtigung verbunden. Wie steht es damit? Die Bundesrepublik hat Verpflichtungen übernommen, die die westlichen Vertragspartner nicht oder noch nicht in gleichem Ausmasse tragen sollen. Die Truppen der Vertragspartner haben auf deutschem Boden und deutschen Menschen gegenüber Rechte, die sie sich gegenseitig nicht konzidiert haben und nicht konzidieren wollen. Wo sonst in der Welt werden z.B. für das Stationierungsrecht fremder Truppen Unterhaltungskosten bezahlt, wie das in den Verträgen als ausdrückliche Verpflichtung der Bundesrepublik festgelegt ist?

Der Artikel 1 des sogenannten Deutschlandvertrages bestimmt wörtlich, dass die Bundesrepublik "die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben soll". Was heißt denn eigentlich in diesem Zusammenhang Souveränität? Professor Carlo Schmid hat diese Frage in der großen aussenpolitischen Debatte Ende Februar gestellt und sie auch beantwortet: "Der Begriff bedeutet, dass ein Staat, ohne einen anderen fragen zu müssen, die Politik treiben darf, die er glaubt, treiben zu müssen. Er bedeutet das Recht eines Staates, Verpflichtungen eingehen und Rechte erwerben zu können, er bedeutet das Recht einer Nation, ohne Genehmigung und ohne Zustimmung eines anderen die Formen und die Inhalte ihrer politischen Existenz zu bestimmen und demgemäß nach innen und aussen zu handeln."

Es ist kein Zweifel möglich, dass die Bundesrepublik dies alles auch nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden nicht tun kann. Insbesondere bleibt ihr jede Möglichkeit versperrt, nach eigenem, freiem Ermessen für die deutsche Wiedervereinigung zu wirken, denn dieses spezielle Gebiet ebenso wie die internationale

Regelung der Beziehungen der Bundesrepublik zu Berlin haben sich die Westmächte ausdrücklich vorbehalten. Zwar haben sie sich verpflichtet, für die Wiedervereinigung einzutreten, aber als grundlegender Bestandteil auch ihrer praktischen Politik findet das Streben nach der Verwirklichung eines völlig freien und geeinten Deutschlands in den Verträgen jedenfalls keinen Niederschlag.

Es ist in diesem Zusammenhang auch notwendig, darauf hinzuweisen, dass der amerikanische Außenminister Dulles selbst erst kürzlich wieder im Außenpolitischen Ausschuss des Senates erklärt hat, die Westmächte könnten Separatverhandlungen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion untersagen. Das heißt praktisch, dass die wichtigste Angelegenheit jeder deutschen Politik nicht nach freiem deutschen Ermessen betrieben werden kann. Unter diesen Umständen ist es widersinnig und kommt einer Täuschung der Öffentlichkeit nahe, von einer "deutschen Souveränität" zu sprechen, denn nicht einmal eine auch nur entfernte Souveränität der Bundesrepublik, also nur eines Teiles Deutschlands, ist erreicht. Diese verhängnisvolle Neigung, mit Worten zu spielen, hinter denen kein Inhalt steht, hat schon in der Europa-Politik viel Unheil angerichtet. Soll sich dieses Spiel mit irreführenden Worten auf der innerdeutschen Ebene wiederholen? Die bittere Enttäuschung dürfte nicht ausbleiben.

* * *

Spaltung Deutschlands auf unübersehbare Zeit

"Man kann nicht leugnen, dass der schicksalsvolle Beschluß des Bundestages die endgültige Aufteilung Europas in die beiden großen Machtblöcke auf unübersehbare Zeit bedeutet...

Der Beschluß bedeutet auch, dass die Teilung Deutschlands durch den Eisernen Vorhang auf ebenso unübersehbare Zeit verlängert wird. Die gefühlsbedingte Ansicht, dass Aufrüstung und Anschluß Deutschlands an den Atlantikpakt eine Lösung zwischen der Sowjetunion und Deutschland erleichtern werden - eine Meinung, die Adenauer und Washington so oft vertreten haben - kann von aussenstehenden Beobachtern nur schwerlich geteilt werden...

Die Bundesrepublik wird jetzt der wertvollste Bundesgenosse der USA auf dem europäischen Kontinent und kann glänzende Geschäfte davon erwarten."

"Stockholms Tidningen", 28.2.55

Eine Staatspräsidentenwahl mit Überraschungen

EE - Rom, Anfang Mai

Ein altes römisches Sprichwort, das sich auf die Papstwahlen bezieht, besagt, dass derjenige, der das Konklave als Papst betritt, es bestimmt als Kardinal verlassen wird. Das heißt, dass nach jahrhundertelanger Erfahrung nie derjenige als neuer Papst aus der Kardinalsversammlung hervorgeht, dem man zu Beginn die sichersten Chancen gegeben hätte.

Überraschend waren auch die Vorgänge, die jetzt zur Wahl Giovanni Gronchis zum neuen italienischen Staatschef geführt haben. Gronchi ist zwar ein altes Mitglied der Democrazia Cristiana, erfreut sich aber bei seiner eigenen Parteileitung keiner allzugroßen Sympathien, denn er hat nie ein Hehl daraus gemacht, dass er das Heil Italiens in einem Zusammengehen zwischen Democrazia Cristiana und Nenni-Sozialisten erblickt, also in einem stark sozial betonten Kurs, der den konservativeren Elementen seiner eigenen Partei keineswegs zusagt.

Aber zur größten Verwunderung und zum Ärger des Parteidirektoriums erhielt Gronchi von Abstimmung zu Abstimmung immer mehr Stimmen, so dass sich sehr rasch sein kommender Triumph im vierten Wahlgang als unabwendbar abzeichnete. In dieser Situation verzichtete der bisherige offizielle Kandidat der Democrazia Cristiana, Merzagora, auf seine weitere Nominierung, und die christlich-demokratische Parteileitung machte wohl oder übel Gronchi zu ihrem offiziellen Kandidaten, womit sie eine Entwicklung, die sich sehr gegen ihren Willen angebahnt hatte, notgedrungen in letzter Stunde noch sanktionierte.

Die Mehrheit, mit der Gronchi dann im vierten Wahlgang gewählt wurde, war verblüffend hoch. Wähler aus allen Parteien, von den Kommunisten bis zu den Neufaschisten, hatten für ihn gestimmt, so dass er 658 von den insgesamt 833 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Es war, als wollte keine Partei hinter der anderen zurückbleiben, um schließlich den Sieger Gronchi für sich beanspruchen zu können.

Giovanni Gronchi, der somit für die nächsten sieben Jahre an der Spitze der italienischen Republik stehen wird, zählt schon seit Jahren, ja seit Jahrzehnten zu den prominenten Politikern Italiens, wenn sein Name auch im Ausland bisher wenig bekannt geworden ist. Gronchi stammt aus der kleinen Ortschaft Pontedera bei Pisa in der Toskana, war der Sohn bescheidener Leute und hat sich sein Studium größtenteils selbst verdienen müssen. Er steht heute im achtundsechzigsten Lebensjahr, doch würde kaum jemand den ungemein jugendlich wirkenden Mann mit dem glattrasierten, zundlichen, bebrillten Gesicht auf dem beinahe immer ein liebenswürdiges Lächeln liegt, sein wahres Alter geben.

Seit mehr als einem halben Jahrhundert ist Gronchi in der katholischen Sozialbewegung tätig gewesen. Er zählte zu den ersten Organisatoren christlicher Gewerkschaften in Italien, und in seiner damals erworbenen, genauen Kenntnis der Arbeiterschaft und ihrer spezifischen Probleme dürfte wohl die Wurzel für seine Neigung zur Zusammenarbeit mit dem Sozialismus zu suchen sein, die sein politisches Wirken der letzten Jahre bestimmt hat.

Als Mussolini zur Macht gelangte, versuchte die katholische Bewegung jener Tage zunächst eine loyale Zusammenarbeit mit ihm. So wurde Gronchi Unterstaatssekretär in dem ersten Kabinett Mussolinis, doch kam es bald zum Bruch zwischen der katholischen Volkspartei und dem Faschismus. Gronchi trat zurück und ging zur Opposition über, die damals noch mit legalen Mitteln gegen den faschistischen Terror anzukämpfen versuchte. Daraufhin wurde er seines Abgeordnetenmandats für verlustig erklärt und man machte ihm jede politische Betätigung unmöglich.

Während des zweiten Weltkrieges entgeht Gronchi mehrfach nur mit knapper Mühe den Nachstellungen der faschistischen Polizei und der deutschen Gestapo. In beinahe allen Regierungen der ersten Nachkriegszeit bekleidet Gronchi dann wichtige Ministerposten, bis ihn im Jahre 1948 die Deputiertenkammer zu ihrem Präsidenten erwählt. Da auch das neugewählte Parlament des Jahres 1953 sich wiederum auf Gronchi als Präsidenten einigt, leitet er nahezu acht Jahre hindurch die Geschäfte der Kammer, wobei er sich durch seine vorbildliche Ruhe und Objektivität unter den Abgeordneten aller Parteien ehrliche Freunde zu machen versteht.

So überraschend die Wahl Gronchis zum Staatschef auch gewesen sein mag, so lässt es sich doch - von allen politischen Hintergründen abgesehen - sehr wohl verstehen, dass eine so überwältigende Mehrheit von Volksvertretern für diesen Mann gestimmt hat, der sich seit langem als hervorragender Vermittler in allen Streitigkeiten, aber auch als energisch durchgreifende Persönlichkeit von starker Autorität und Würde erwiesen hat.

"Es geht uns glänzend"

-j. Im Januar 1950 ging ein Aufsatzen durch die sowjetzonalen Zuchthäuser: die von den Russen zu höchsten Freiheitsstrafen verurteilten "politischen Verbrecher" wurden der "deutschen Verwaltung" zur Strafverbüßung übergeben. Die Hoffnungen auf Entlassung erfüllten sich nicht. Dafür gab es einige Hafterleichterungen: Regelmäßiger Briefverkehr mit den Angehörigen, vierteljährliche Besuchserlaubnis -allerdings nicht für Westdeutsche - und die Genehmigung, jeden Monat ein Lebensmittelpaket zu empfangen.

So manchem Häftling hat das monatliche Paket das Leben gerettet; denn die Verpflegung in den mitteldeutschen Einsperrungsanstalten war mehr als nur unzureichend und erzeugte außer der Dystrophie ein Meer von Mangelkrankheiten. Die schikanösen Paketkontrollen durch die Bewachungsmannschaften der "Volkspolizei", Verbote, diese oder jene Lebensmittel zu empfangen, gelegentliche Beschlagnahmungen und Rücksendungen wurden geduldig ertragen.

Neuerdings hat nun die Pankower Regierung für jene politischen Häftlinge den Paketempfang gesperrt, deren Angehörige in der Bundesrepublik oder in Westberlin leben. Diese Anordnung kommt nicht überraschend. Von Anfang an waren den sowjetdeutschen Statthaltern die Liebesgabensendungen aus dem Westen ein Dorn im Satellitenaugen. Im grimmigen Eifer, die "kapitalistische Paketpropaganda" zu bekämpfen, unterzogen sie diese Sendungen einer besonders scharfen Kontrolle. Sie entfernten Verpackungen und Einwickelpapier, schütteten die verschiedenen Lebensmittel durcheinander und händigten keine Konserven aus. In Zucker und Eipulver witterte man Sprengstoff, Schokolade wurde als gesundheitsschädlich deklariert, Medikamente waren überhaupt verboten. An Meningitis erkrankte Häftlinge ließ man lieber sterben, als dass man ihnen das nur im Westen erhältliche Streptomycin aushändigte. Ebenso verfuhr man mit dem rettenden Tebation, als sich die Tbc-Kranken im Zuchthaus Bautzen war jeder dritte Häftling an Tuberkulose erkrankt - zwischen den Zeilen ihrer streng zensierten Briefe erbeten hatten.

Mit dem Paketverbot wollen sich die Pankower Machthaber nun künftig der Mühe erheben, der "Liebesgabendiversion" mit letztem Endes doch unzulänglichen Mitteln begegnen zu müssen. Und damit das Ganze nicht etwa unhuman aussieht, verpflichten sie die Häftlinge, nach Hause zu schreiben: "Schickt bitte keine Pakete mehr - wir bekommen genug zu essen, es geht uns sehr gut und es fehlt uns an nichts."